



# Zentrale Merkmale der öffentlichen Debatte über die Minarettinitiative

Inhaltsanalyse des fög – Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich ([www.foeg.uzh.ch](http://www.foeg.uzh.ch))

7. Dezember 2009

fög - Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft  
Universität Zürich  
Andreasstrasse 15  
CH-8050 Zürich  
Tel. +41 1 635 21 11  
Fax +41 1 635 21 01  
Mail [info@foeg.unizh.ch](mailto:info@foeg.unizh.ch)  
Web [www.foeg.unizh.ch](http://www.foeg.unizh.ch)

Kontakt:

Patrik Ettinger, [patrik.ettinger@foeg.uzh.ch](mailto:patrik.ettinger@foeg.uzh.ch)

Kurt Imhof, [kurt.imhof@foeg.uzh.ch](mailto:kurt.imhof@foeg.uzh.ch)

## 1. Aufmerksamkeitsdynamik

Die Debatte erreichte erst durch medienwirksame Aktionen zehn Wochen vor der Abstimmung hohe Aufmerksamkeitswerte in der öffentlichen Kommunikation. Ausschlaggebend waren die Plakatkampagne und das Internet-Minarettspiel. Durch diese Aktionen erzielten die befürwortenden Akteure in kurzer Zeit ausserordentlich hohe Beachtungswerte. Dies wird im Vergleich zu anderen Abstimmungen (hier: Personenfreizügigkeit 2005 und 2009) deutlich. Nennenswerte Aufmerksamkeitswerte erhielt die Minarettinitiative sonst nur während ihrer Ankündigung im September 2006 und bei ihrer Lancierung im Mai 2007 im Kontext der Eidgenössischen Wahlen sowie anlässlich der Nationalratsdebatte im Juli 2008 (vgl. Darstellung 1, S. 5).

## 2. Debattenkontext

Seit 2001 (9/11) hat die Berichterstattung über Muslime und den Islam einen deutlich grösseren Umfang. Erst nach 9/11 werden die Muslime in der Schweiz zu einem nennenswerten Thema in der öffentlichen Kommunikation, obwohl die Zuwanderung aus muslimischen Ländern massgeblich auf die klassische Gastarbeitermigration der 1960er Jahre zurückgeht. Diese ist freilich kein Thema in der Debatte. Die Ankündigung der Minarettinitiative im September 2006 erfolgte im Kontext des 2006 intensiv diskutierten Karikaturenstreits. In dessen Verlauf konnte sich die Deutung einer durch Muslime wie durch die politischen Eliten dop-

pelt bedrohten Meinungsfreiheit etablieren. Auf dieses Ereignis sowie auf 9/11 wird am häufigsten Bezug genommen. Daneben sind es vor allem die Anschläge von Madrid und London, welche das Bild des Islam als Bedrohung zeitfest prägen und auf die ebenfalls Bezug genommen wurde. In der letzten Phase der Debatte von Ende September bis zum Abstimmungssonntag bestimmten das Wiedererstarken der Taliban in Afghanistan und Pakistan sowie insbesondere die Libyen-Affäre die Wahrnehmung des Islams (vgl. Darstellung 2, S. 6).

In eingehenderen Untersuchungen des Abstimmungsverhaltens wird zu prüfen sein, wie weit die genannten externen Bezüge sowie der intensive Druck auf die Schweiz im Zusammenhang mit den gerichtlichen Auseinandersetzungen über das Verhalten der UBS in den USA, der Debatte um das Bankgeheimnis und dem Steuerstreit mit der EU das Entscheidungsverhalten beeinflusst haben.

## 3. Akteursresonanz

Auffallend ist die Asymmetrie der Resonanz der politischen Akteure:  $\frac{3}{4}$  der Akteursresonanz genossen die befürwortenden Parteien (SVP, EDU, resp. Initiativkomitee). Nur  $\frac{1}{4}$  der Resonanz entfiel auf die anderen Akteure (vgl. Darstellung 3, S. 7). Im Vergleich mit den Mehrheitsverhältnissen bei den Abstimmungen in den beiden Kammern des Parlaments konnte die Resonanz

in der öffentlichen Kommunikation damit umkehrt werden. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Gegner der Minarettinitiative fällt auf, dass die politischen Parteien, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften deutlich untervertreten sind. Zudem fallen diese Akteure erst sehr spät – in Reaktion auf das Plakat und das Internet-Minarettspiel der Befürworter – auf. Diese Zurückhaltung erhielt ihre vermeintliche Plausibilität durch die praktisch unisono geteilte Einschätzung der Initiativgegner, dass die Initiative chancenlos sei. Diese Einschätzung wurde bis wenige Wochen vor der Abstimmung von keinem Akteur bestritten.

## 4. Zentrale Argumentationsmuster

Den befürwortenden Akteuren gelang es in der langen Berichterstattungsphase seit April 2006 das Bild einer durch eine schleichende Islamisierung, islamistischen Terror und die Etablierung von Parallelgesellschaften mit eigenem Recht (Scharia) bedrohten Schweiz zu evolvieren (vgl. Darstellung 4 und 5, S. 8f.). Bemerkenswert ist, dass die Gegner der Initiative diese Deutung wenig bestritten. Dafür verwiesen die Gegner der Initiative wie mehrheitlich die Medien auf den islamophoben und fremdenfeindlichen Charakter der Vorlage sowie auf die Religionsfreiheit und forderten Toleranz. Das wurde noch weniger bestritten. Mit anderen Worten: Die Argumentationen der Befürworter und der Gegner liefen aneinander vorbei und erreichten je für sich Resonanzvorteile. Die Argumentation der Gegner der Vor-

lage gegen die dargestellten Gefahren von Seiten der Muslime in der Schweiz bestand darin, darauf hinzuweisen, dass das Minarettverbot kein geeignetes Mittel sei, sondern im Gegenteil diese Gefahren befördern könnte. Umgekehrt fanden es die Befürworter der Initiative kaum für nötig, den Vorwurf der Islamophobie und der Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Insgesamt gilt es, die aktuelle These, dass sich die Befürwortenden gegen eine geschlossene Front der »classe politique« und der Medien durchgesetzt hätten zu relativieren: Problematisierungen des Islam in der Schweiz auf der einen Seite, der Fremdenfeindlichkeitsvorwurf und das Toleranzgebot auf der anderen Seite dominierten je für sich. Die eher moralische Argumentation der Initiativgegner konnte sich gegen die Darstellung einer schleichenden Islamisierung der Befürworter offensichtlich nicht durchsetzen (vgl. Darstellung 5). Die Recherchleistungen der Medien waren klein. Weder wurden die dargestellten Gefahren von Seiten der Muslime in der Schweiz nachhaltig mit Fakten bestätigt oder demontiert, noch wurde Überfremdungsängste bei Bürgerinnen und Bürgern nachgespürt.

Die Debatte war ausserdem durch eine bemerkenswerte Leerstelle charakterisiert: Mit Ausnahme weniger Beiträge in der Qualitätspresse wird das Spannungsverhältnis der unterschiedlichen Demokratiekonzepte auf Seiten der Befürworter und der Gegner der Initiative – Demokratie als uneingeschränkte Volksherrschaft versus Demokratie im Rahmen des Rechtsstaats unter

Einschluss des Minderheitenschutzes –, nicht reflektiert. Aufgrund dieser Leerstelle konnte ein mögliches Verbot der Initiative wie des Plakates als Versuch u.a. der »classe politique« zur Beschränkung der Volksrechte interpretiert werden.

## 5. Das Bild der Muslime

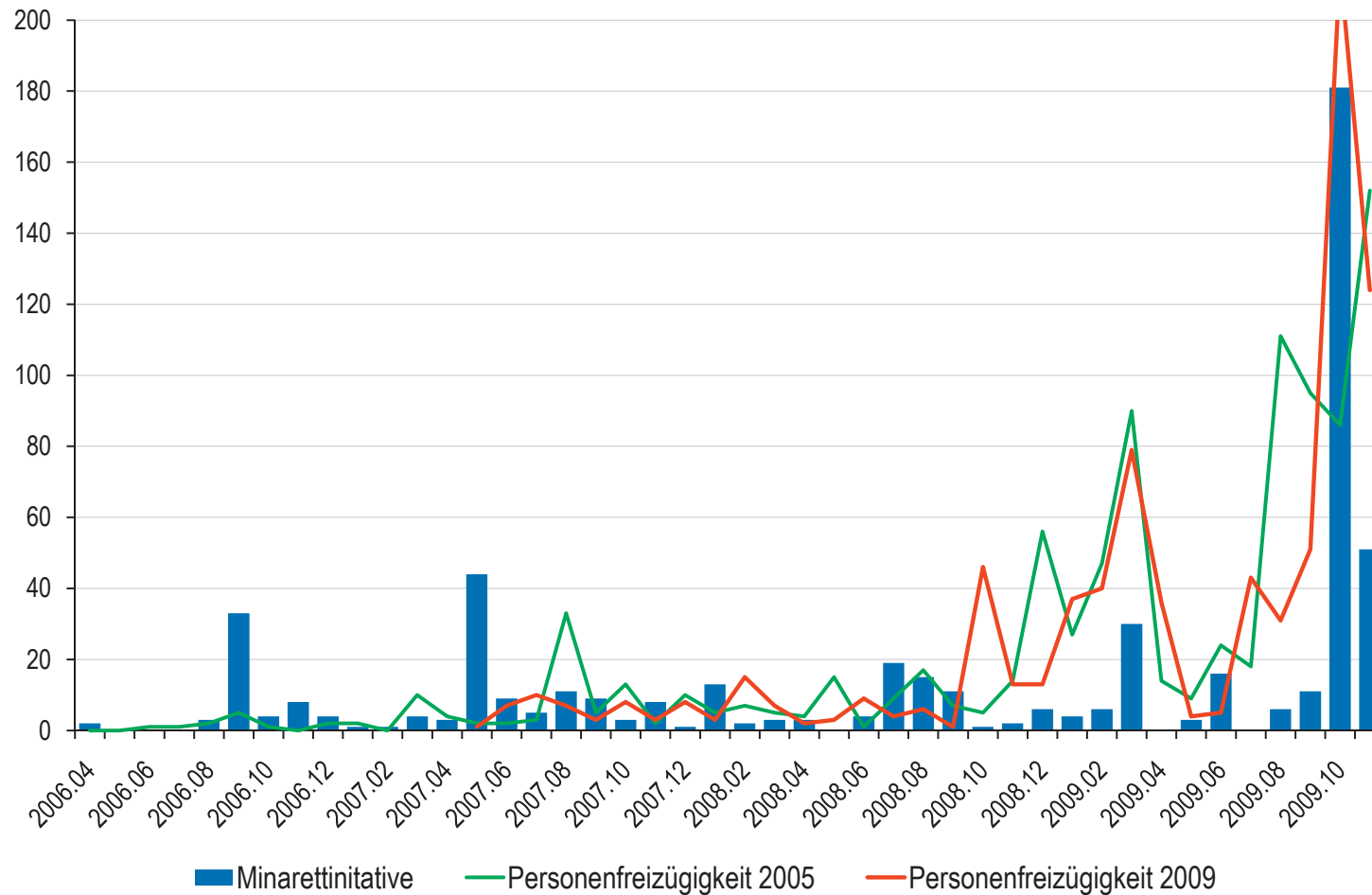
Das in der Auseinandersetzung um die Minarettinitiative vermittelte Bild der Muslime ist durch überwiegend negative Typisierungen (rund drei Viertel der Fälle) geprägt, die zudem mehrheitlich pauschalisierend sind. Dies bedeutet, dass in den entsprechenden Aussagen kaum Unterscheidungen zwischen islamistischen Gruppierungen und der muslimischen Minderheit in der Schweiz gemacht worden sind, sondern generalisierend vom »Islam« resp. von »den Muslimen« die Rede ist (vgl. Darstellung 6, S. 11). Diese Verallgemeinerungen verhindern die Reflexion auf die Vielfalt muslimischer Strömungen und unterstützen einen Konnex der Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft mit radikalen Bewegungen innerhalb des Islam. Verallgemeinerungen finden sich in beiden Lagern, bei den Befürwortern der Initiative treten sie aber überdurchschnittlich häufig auf.

Neben diesen Kollektivtypisierungen fällt ausserdem auf, dass in insgesamt 16% aller analysierten Beiträge das Verhältnis zwischen der schweizerischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit nicht nur in einer,

sondern gleich in mehreren Dimensionen als problematisch beschrieben wurde. Muslime wurden somit nicht nur als fremd und mangelhaft integriert, sondern auch als bedrohlich und unaufgeklärt resp. vormodern charakterisiert.

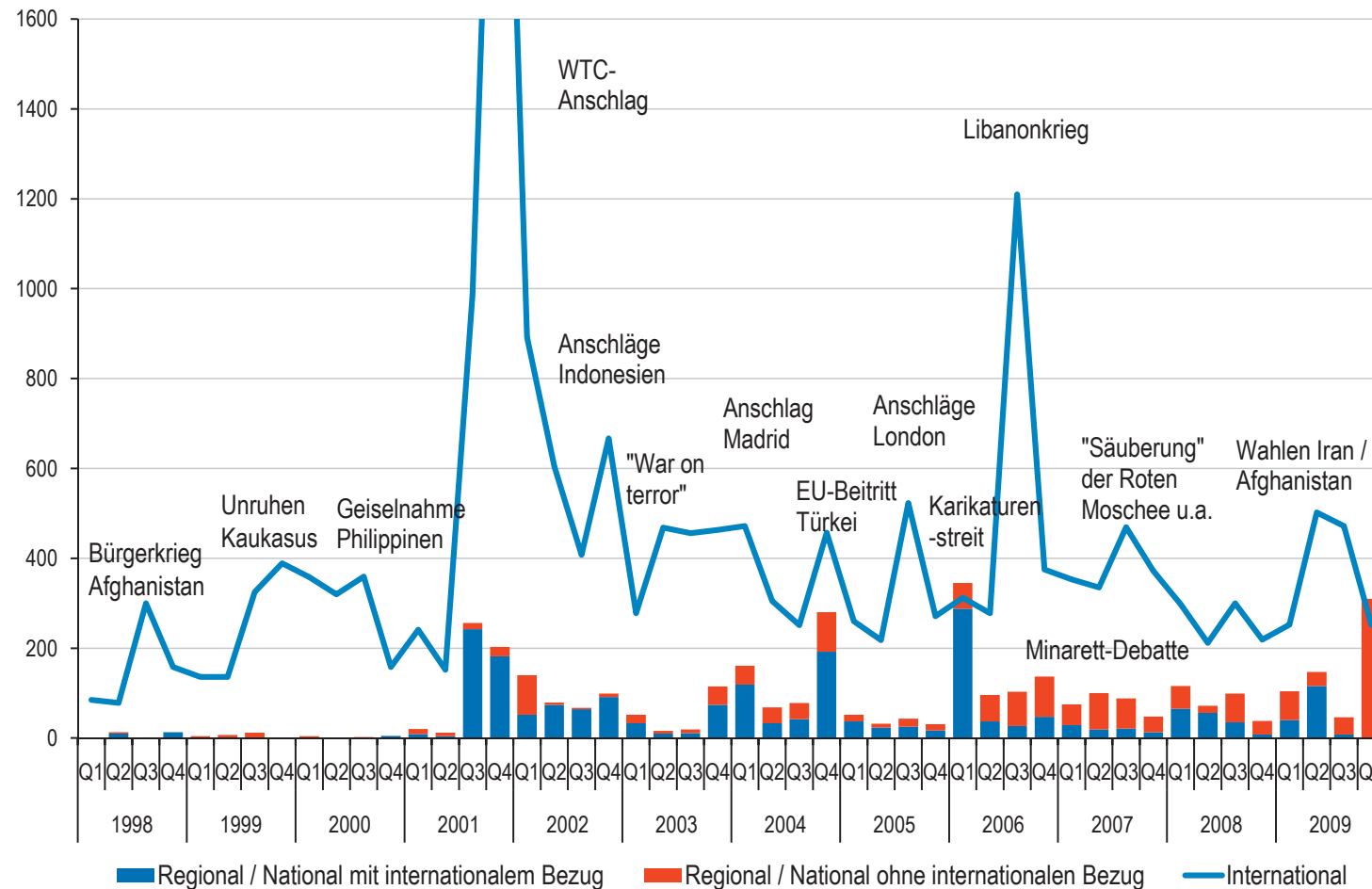
Die Ergebnisse beruhen auf einer systematischen Analyse aller Beiträge zur Minarettdebatte von fünfzehn Leitmedien der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Erfasst wurden die Neue Zürcher Zeitung, der TagesAnzeiger, der Bund, die Berner Zeitung, die Neue Luzerner Zeitung, der Blick, Le Temps, Le Matin und Tribune de Genève sowie der SonntagsBlick und die SonntagsZeitung, die Weltwoche, die WoZ, die Hauptausgabe der Tageschau sowie 10vor10. Die Analyse der Berichterstattung zur Minarettinitiative von April 2006 bis November 2009 ist Teil eines grösseren Projektes, das die Darstellung der muslimischen Minderheit in der öffentlichen Kommunikation seit 1998 untersucht. Das Projekt wird von einem Forschungsteam am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich durchgeführt und vom Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen des Forschungsprogramms »Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft (NFP 58)« finanziert. Eine vertiefte Analyse der Minarettdebatte wird im April 2010 im Rahmen der ersten jährlichen Dokumentation über die Qualität der Medien 2009 veröffentlicht.

Darstellung 1: Aufmerksamkeitsdynamik



Die Darstellung zeigt die Intensität der Debatte zur Minarettinitiative anhand der Anzahl Beiträge pro Monat, die in den 15 untersuchten Leitmedien erschienen sind. Zur Illustration der späten Intensivierung der Debatte wurden die Intensität der Berichterstattung über die Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit 2005 und 2009 im jeweils gleichen Zeitabstand zum Abstimmungsdatum als grüne und rote Linie in die Graphik integriert.

**Darstellung 2: Debattenkontext: Bedeutung internationaler Kommunikationsereignisse für die Wahrnehmung des Islam auch in der Schweiz**



Die Darstellung zeigt die Intensität der Berichterstattung über muslimische Akteure zwischen 1998 und 2009 im Vergleich der rein auf ausländische Ereignisse fokussierten Berichterstattung (Kurve) gegenüber einer Berichterstattung über muslimische Akteure mit schweizerischem Bezug (Balken). Wie die Darstellung zeigt, dominiert die Berichterstattung über muslimische Akteure im internationalen Kontext. Dabei zeigt sich auch die überragende Bedeutung der Anschläge vom 11. September 2001. Wenn von muslimischen Akteuren die Rede ist, dann befördern die hohen Nachrichtenwerte von Kriegs-, Terror- und Konfliktereignissen das Bild eines gewalttätigen oder gewaltbereiten Islam. Demgegenüber ist die Berichterstattung über »einheimische« muslimische Akteure marginal.

**Darstellung 3: Akteursresonanz: Vergleich der Resonanz der befürwortenden und ablehnenden Parteien und Komitees**

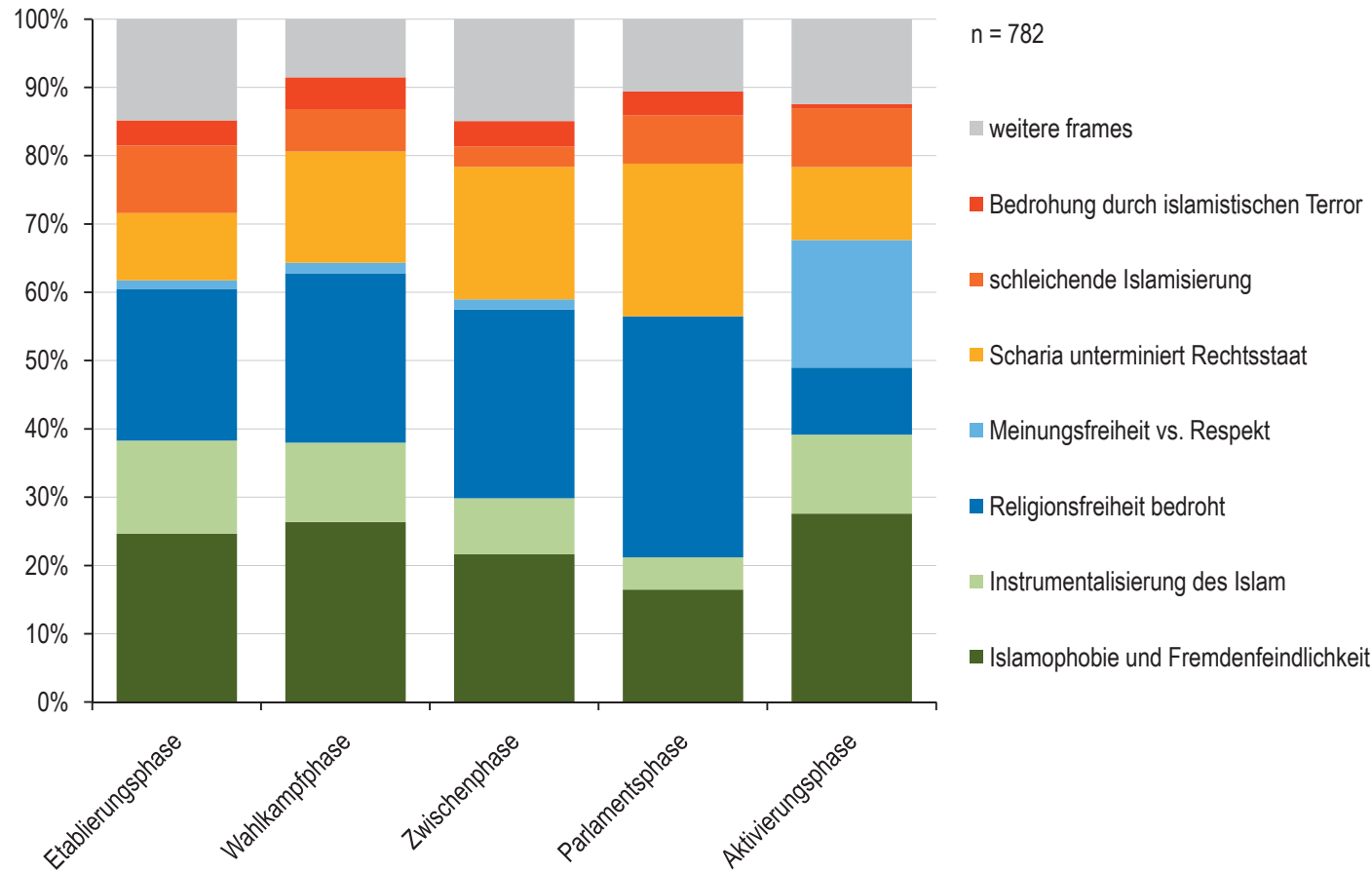
	SVP	Initiativ- Komitee	EDU	CVP	SPS	FDP	Gegner (mehrere)	EVP	LPS	Grüne/ GPS	Total
Etablierungsphase	75%	10%	0%	5%	5%	0%	0%	0%	5%	0%	100%
Wahlkampfphase	60%	10%	8%	10%	10%	3%	0%	0%	0%	0%	100%
Zwischenphase	55%	29%	0%	0%	3%	8%	0%	3%	0%	3%	100%
Parlamentsphase	44%	15%	4%	11%	4%	7%	11%	0%	4%	0%	100%
Aktivierungsphase	56%	12%	6%	9%	9%	4%	1%	2%	1%	0%	100%
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>57%</b>	<b>15%</b>	<b>5%</b>	<b>7%</b>	<b>7%</b>	<b>5%</b>	<b>2%</b>	<b>1%</b>	<b>1%</b>	<b>0%</b>	<b>100%</b>

In den Schlussabstimmungen der beiden Parlamentskammern hatten 28% der Nationalräte und 7% der Ständeräte für die Initiative votiert; in der leitmedialen Öffentlichkeit kehrte sich dieses Verhältnis um. Die befürwortenden Akteure erzielten drei Viertel

der gesamten Resonanz, die ablehnenden Akteure nur einen Viertel. Dies ist wesentlich auf das späte und zögerliche Engagement der die Initiative ablehnenden Akteure zurückzuführen. Diese Akteure verschaffen sich – mit Ausnahme der Berichterstattung

über die Parlamentsdebatten – fast ausschliesslich in der Schlussphase der Auseinandersetzung Resonanz, d.h. in Reaktion auf das Abstimmungsplakat und das »Minarettspiel« der Initianten.

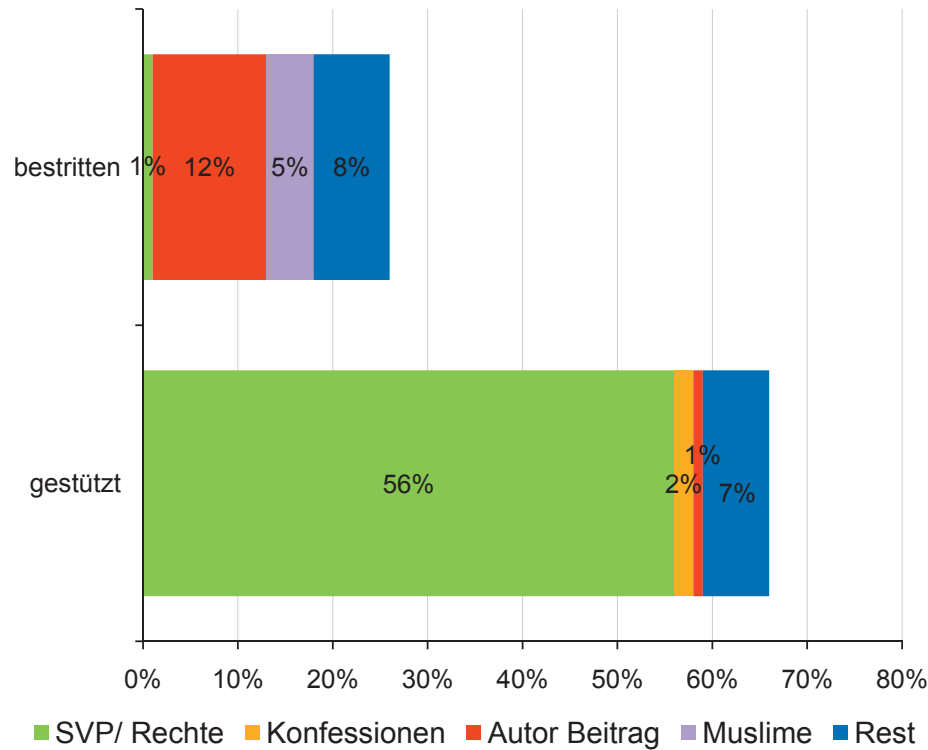
**Darstellung 4: Die zentralen Problembezüge der Minarettdebatte**



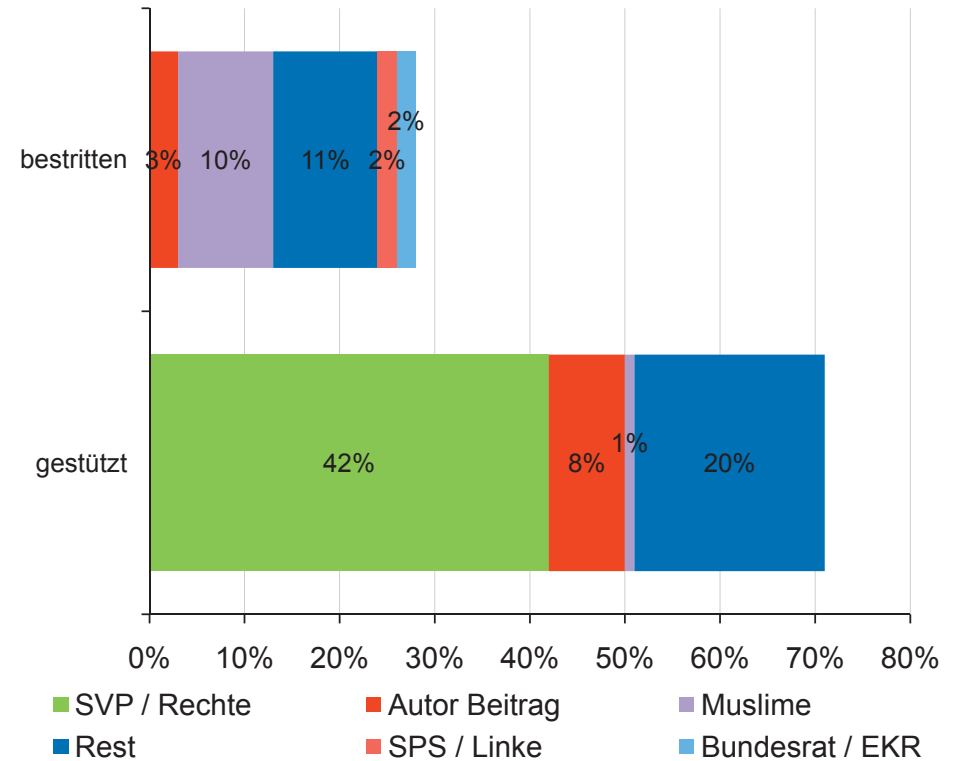
Die empirische Basis dieser Auswertung bilden die maximal drei wichtigsten frames (Problembezüge), die in einem Beitrag von Akteuren (unter Einschluss der Journalisten und Kommentatoren) in direkter oder indirekter Rede geäußert werden. Um die Entwicklung der Problembezüge über die Zeit deutlich zu machen, wurde die gesamte Berichterstattungsphase in fünf Teilphasen untergliedert: a) Etablierungsphase, in der eine Initiative angekündigt und Minarette erstmals breiter auf nationaler Ebene diskutiert wurden (Juni 2006 – April 2007), b) Wahlkampfphase, in der die Initiative lanciert und Muslime zum Wahlkampfthema gemacht wurden (Mai 2007 – November 2007), c) eine lange Zwischenphase, mit vergleichsweise geringen Aktivitäten der schweizerischen Akteure (Dezember 2007 – Februar 2009), d) die Parlamentsphase, in der die Initiative in beiden Kammern diskutiert wurde (März 2009 – August 2009) und e) die Aktivierungsphase, in der durch das Minarettplakat der Befürworter der Initiative und das Internet-Minarettspiel die Initiative sprunghaft an Resonanz gewann (September 2009 – November 2009). Entscheidend ist, wie sich die Akteure innerhalb dieser Problembezüge positionieren (vgl. hierzu die Darstellungen 5).

Darstellung 5: Zentrale Problembezüge (frames) in der Debatte und ihre Vertreter

**Schleichende Islamisierung (n = 126)**



**Scharia unterminiert Rechtsstaat (n = 93)**

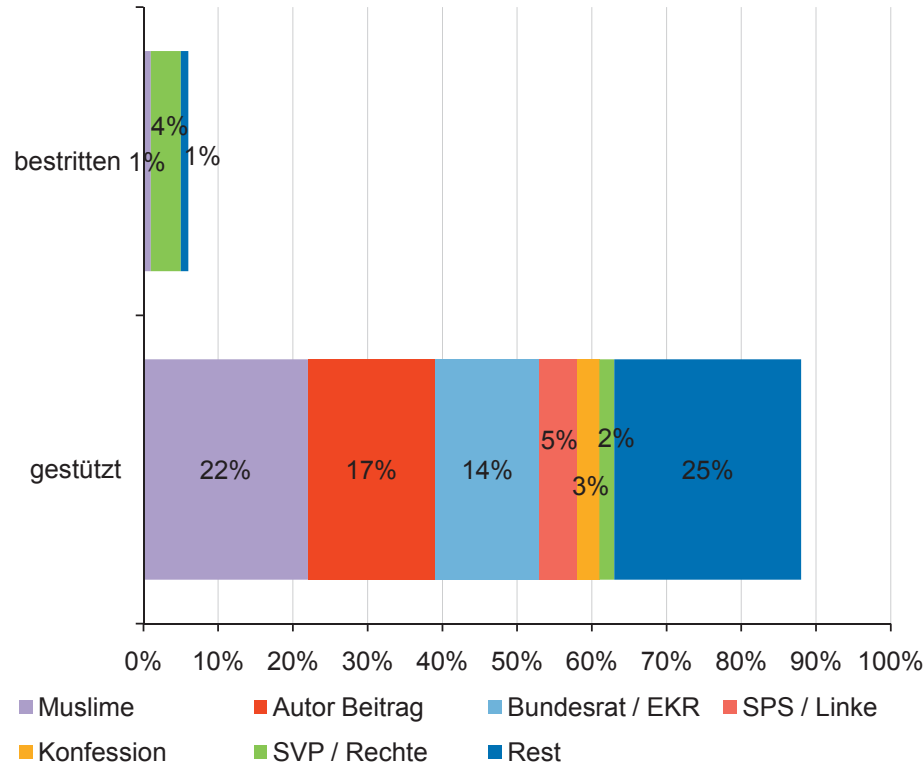


Die Befürworter der Initiative argumentierten vor allem mit Verweis auf die Gefahr einer schleichenden Islamisierung der Schweiz und der Etablierung einer Parallelgesellschaft, die eigenen, mit schweizeri-

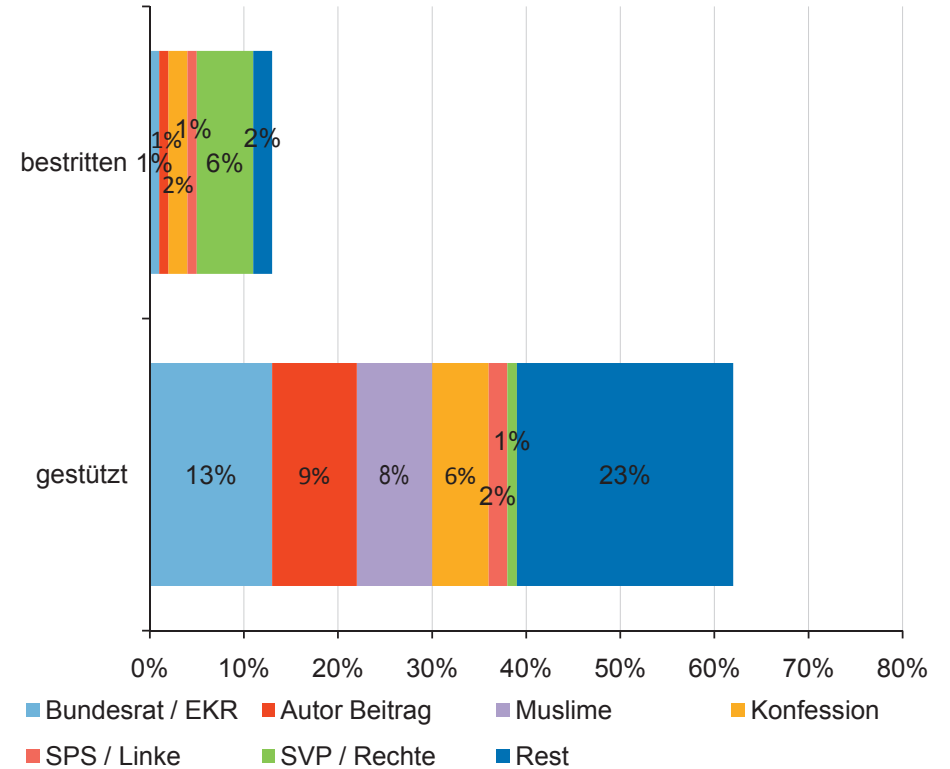
schem Rechtsverständnis nicht vereinbaren Gesetzen (Scharia) folge. Diese beiden frames wurden von den Gegnern nur in einer Minderheit der Fälle bestritten. Zudem zeigt die Zusammensetzung der Akteure, die

sich kritisch mit diesen frames auseinander setzen, dass hier die Medien selbst und muslimische Akteure überwiegen, während den politischen Akteuren nur eine marginale Rolle zukommt.

**Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit (n = 187)**



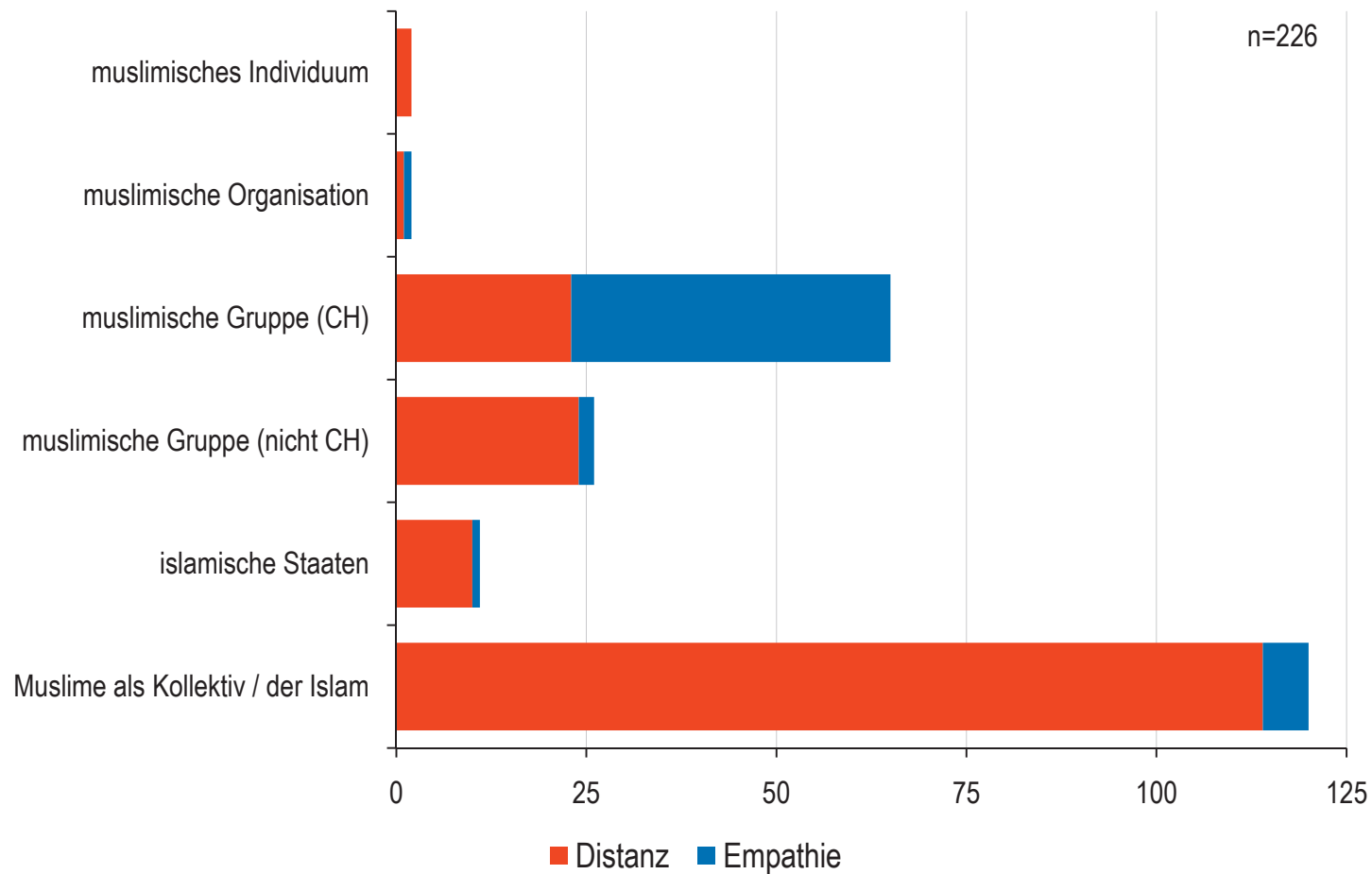
**Religionsfreiheit bedroht (n = 114)**



Die Gegner der Initiative argumentierten vor allem damit, dass sie auf den islamophoben Charakter der Vorlage verwiesen resp. den Initianten vorwarfen, mit ihrer Vorlage Islamophobie zu fördern. Auch hier sind es vor allem muslimische Akteure und einzelne Medien, die so argumentieren; daneben wird dieses Argument auch von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus und von Exponenten der SPS vorgebracht.

Zudem argumentierten die Gegner gegen die Initiative mit Verweis auf die durch die Initiative bedrohte Religionsfreiheit und den Minderheitenschutz und negieren den Bedarf, diese regulatorisch einzuschränken.

**Darstellung 6: Das Bild der Muslime: Typisierung und Pauschalisierung muslimischer Akteure**



Unterschieden wurde in Typisierungen, die Distanz vermitteln und solche, die Empathie gegenüber den typisierten Akteuren zum Ausdruck bringen. Zudem wurde unterschieden, ob sich diese Typisierungen auf konkret benennbare Akteure (Individuen, Gruppen, Staaten) oder pauschalisierend auf die Muslime resp. den Islam generell beziehen. Die Auswertung zeigt, dass Distanz erzeugende Typisierungen muslimischer Akteure überwiegen (77%). Zudem sind Distanz erzeugende Typisierungen stark pauschalisiert (»der Islam«).